

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
 vierteljährlich: durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
 Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Neblanten 30 Pf.

Annahme von Inseraten Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.
 Agenturen in Deutschland: In allen grösseren
 Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler
 G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max
 Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies,
 Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A.
 Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
 furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 4. Oktober. Der Kaiser wird nach seiner Rückkehr von Rom in diesem Herbst noch an den größeren Jagden bei dem König von Württemberg teilnehmen. Die Verlegung des kaiserlichen Hoflagers von Potsdam nach Berlin erfolgt in den letzten Tagen des Dezember.

Dem Bundesrathe werden bei seinem Zusammenritte einige ältere noch nicht erledigte Entwürfe wieder vorgelegt werden. Darunter die Novelle zur Gewerbeordnung, Maßnahmen über den Handel mit Gütern, das neue amtliche Waarenverzeichnis, das zum 1. Januar 1894 in Kraft treten soll, u.

Zu der gestrigen antireformistischen Versammlung, in der Althardt vor Eintritt seiner fünfmonatlichen Gefängnisstrafe sich von seinen Anhängern verabschiedete, kam es zu Schlägereien, indem einige Berichterstatter mitgehauen wurden. Althardt kündigte das Erscheinen einer neuen Broschüre an.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ ist in der Lage, über den neuen Tabaksteuerentwurf die folgenden Einzelheiten zu veröffentlichen: Danach soll die gegenwärtig bestehende Steuer von 40 Mark pro 100 Kgr. in Fortfall kommen und gleichzeitig der Zoll für aus dem Auslande eingehenden Tabak um den entsprechenden Betrag gestürzt werden. Inländische Fabrikate sollen einer Faktorksteuer unterliegen und tritt die Steuerpflicht ein, sobald die Fabrikate die Zölle verlassen. Bei ausländischen Fabrikaten wird die Steuer gleichzeitig mit dem Zoll erhoben. Der Tabak unterliegt einer fortgesetzten Kontrolle, welche aber möglichst wenig belästigend gestaltet werden soll. Eine Kontrolle durch Vandalen oder Steuerhelfer ist nicht beabsichtigt. Zigaretten und Zigarren werden gleichmäßig belastet, dagegen soll der Steuerfuß für Raucher-, Kaut- und Schnupftabak niedriger bemessen werden. Die Höhe der Steuerfrage bleibt hinter den in der Presse gemachten Angaben beträchtlich zurück.

Alle Morgenblätter besprechen den vorstehend von der „Nordd. Allg. Zeitung“ mitgetheilten Tabaksteuer-Entwurf. Man vermisst eine Mittheilung über die Steuerhöhe und glaubt, daß der Entwurf in vielen Punkten zwar den Widerstand der interessierten Kreise erregen werde, daß aber einzelne Bestimmungen des Entwurfs, wie z. B. der Fortfall der Vandalenkontrolle, Befriedigung erwecken werden.

Die Lösung der Frage, ob die Entscheidung über die Verlegung des Oberlandesgerichts oder den Vauzgerichten zu übertragen sei, hängt gutem Theil nach zunächst davon ab, wie sich der Finanzminister zu der Angelegenheit stellt. Bis jetzt ist darüber Positives noch nicht bekannt. Es ist beabsichtigt, durch den nächsten preussischen Etat wie den Fortbildungsschulen im Besonderen auch den Vauzgerichten größere Zuwendungen als das vorige Mal zu Theil werden zu lassen.

Der Erbprinz Alfred von Sachsen-Koburg-Gotha ist jetzt zur Dienstleistung im 1. Garde-Regiment z. B. nach Potsdam zurückgekehrt. Im kommenden Frühjahr wird auch, wie man hört, Prinz Ernst von Sachsen-Altenburg, Heide des regierenden Herzogs, in das 1. Garde-Regiment z. B. eintreten.

Köln, 3. Oktober. Die „Kölnische Zeitung“ meldet: Während die übrigen bei Rio de Janeiro stationierten fremden Kriegsschiffe kein neues Bombardement der Stadt gestatten und der australischen Flotte angezeigt haben, daß sie die Beschießung mit Gewalt verhindern würden, haben der deutsche Vertreter in Rio und der Befehlshaber der deutschen Schiffe den Befehl, mit größtem Nachdruck für die Wahrung der deutschen Interessen einzutreten, sich aber aller Schritte zu enthalten, die einem militärischen Eingriff und dadurch einer Patentnahme für die eine oder die andere Seite gleichkommen könnten.

München, 3. Oktober. Kammer der Abgeordneten. Zu seinem Finanzposten legte der Finanzminister v. Riedel dar, daß bayerische Budget bilanziell in Einnahmen und Ausgaben mit 223 276 922 M. Der Aufw. Bayerns an den Reichs-Einnahmen betrage 39 912 750 M., derjenige an den Ausgaben für Reichszwecke 46 711 280 M. Die zweijährige Finanzperiode 1890-91 ergab einen Ueberschuß von 39 921 855 M., wovon 12 440 360 M. auf Grund von Verschleüssen des letzten Budgets veranschlagt worden seien. Von dem Ueberschuß wurden 21 647 700 M. zur Annulirung von Eisenbahnanleihen und 14 101 155 M. zu Staatsanleihen angewiesen. Der Finanzminister hob ferner hervor, die Finanzminister Konferenz habe einstimmig beschlossen, unter strengster Wahrung des föderativen Gedankens der Reichsverfassung und der Reservatrechte und des Budgetrechts des Reichs, eine feste Regelung der finanziellen Beziehungen des Reichs und der Einzelstaaten anzubahnen, um die letzteren gegen überschüssige unregelmäßige Materialforderungen zu schützen. Wünschenswerth sei es, den Einzelstaaten einen differenziert begrenzten Antheil aus den Reichs-Einnahmen und den indirekten Reichsteuern zu sichern, und die Reichs-Einnahmen zu vermindern. Der gegen den letzten Antrag erhobene Vorwurf, die Ueberschüsse durch übertriebene Steuern erzielt zu werden, sei durchaus unbegründet. Von dem Ueberschuß pro 1890-91 betrugen 22 1/2 Millionen aus Vorkonten des Reichs, 22 1/2 Millionen aus dem Staatsbudget und nur 14 1/2 Millionen aus dem Materialschlag, den Stempelgebühren und den Staatssteuern her. Das neue Budget sei um 17 Millionen höher, als dasjenige pro 1892-93, dessen Vorkonten noch nicht zu übersehen sei. 4 1/2 Millionen von diesen Ausgaben entfallen auf Reichszwecke, worin die Kosten für die Heeresvergrößerung noch nicht enthalten seien. Für Gehaltsaufbesserung der unteren Staatsbeamten und Bediensteten werden 1 700 000 M. beantragt. Der Anspruch hierfür werde sich nach und nach auf 4 000 000 M. jährlich erhöhen. Eine Erhöhung der Steuern sei ausgeschlossen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 3. Oktober. Sämtliche Blätter bezeichnen das gestern Abend erschienene Manifest der Jungesche als ein Proklamieren voller Entschlossenheit und Unwandelbarkeit, welches den Zweck verfolgt, durch die bekannnten jungescheischen Schlagworte die Volksmassen anzuregen. Einen praktischen Erfolg könne und werde diese klägliche und primitiv feilschende Arbeit nicht haben.

Wien, 3. Oktober. Wie das „Fremdenblatt“ und die „Presse“ melden, ist der Sektionschef im Justizministerium Frhr. Spens v. Boden zum Statthalter von Mähren ernannt worden. Der von seinem Posten zurücktretende bisherige Statthalter v. Voelkl ist in den Ruhestand getreten.

Wien, 3. Oktober. In diesem unterrichteten Kreise ist von der durch den „Tempo“ gemeldeten angeblichen Anwesenheit Oesterreich-Ungarns bezüglich einer gemeinsamen Aktion der Mächte zur Verhütung anarchistischer Attentate nichts bekannt.

Prag, 3. Oktober. Die Staatsanwaltschaft hat das jungesche Manifest mit Beschlag belegt. Die altjescheischen Blätter haben zwar dasselbe nicht reproduziert, verhehlen es aber in kurzen Worten. Da die allgemeine Ansicht vorherrscht, daß das Weitererscheinen des jungescheischen „Karotni Hiti“ von der Zensur verboten werden wird, so haben die Jungeschen beschlossen, bei Eintritt dieses Ereignisses ein neues Unternehmen zu gründen.

Abbazia, 3. Oktober. Prinz Peter Carl Georgiewitsch hatte hier eine Zusammenkunft mit dem kaiserlichen Willen und dem kaiserlichen Alexander von Serbien, aus welcher eine baldige Versöhnung beider Dynastien geschlossen wird.

Belgien.

Brüssel, 3. Oktober. Die Antwerpener Interessenten des Rhein-Schelde-Kanalprojekts scheinen sich schon nach einer ziemlich summarischen Prüfung der obwaltenden Verhältnisse überzeugt zu haben, daß die Ansichten auf Verwirklichung ihrer Bestrebungen sehr wenig ermutigend sind, solange Holland bei seiner Ablehnung, etwas zur Förderung des Kanalwerkes zu thun, verharret. Und das dürfte auf absehbarer Zeit der Fall sein, Belgien aber steht kein Mittel zu Gebote, das Widerstreben des holländischen Nachbarn auf diplomatischem Wege zu überwinden. Der von der Antwerpener Handelskammer mit näherer Prüfung der Angelegenheit betraute Ausschuss wird daher aller Wahrscheinlichkeit nach seinen Auftrag anempfehlen, das Kanalprojekt für jetzt auf sich beruhen zu lassen. Die auf Hebung des Antwerpener Hafenverkehrs gerichteten Bemühungen dürfen sich also auf möglichst Hinwegnahme der örtlichen Hemmnisse beschränken, bezw. auf die Ausführung der schon seit längerer Zeit ausgearbeiteten Kanal- und Ueberschlag-Pläne, welche dem Handelsverkehr ähnliche Erleichterungen und Bequemlichkeiten darbieten sollen, wie sie zu der so rasch gestiegenen Beliebtheit der deutschen Seehäfen Hamburg und Bremen, sowie des holländischen Fluges von Rotterdam wirksam beigetragen haben.

Brüssel, 3. Oktober. Die von Paris herbeigekommenen Vorkämpfer, welche unter Führung Rocheforts am Grabe Boulangers gestern Manifestationen veranstalteten, wurden von der Regierung aufgefordert, das Land zu verlassen.

Brüssel, 3. Oktober. Gestern Abend wurde der Minister des Innern Vorlet auf einem öffentlichen Platz von einem Unbekannten überfallen, der ihn mit geladenem Revolver bedrohte. Der Minister, welcher ungewöhnliche Stärke besitzt, schlug den Angreifer mit seinem Stock zu Boden, doch gelang es diesem, sich zu erheben und zu flüchten, ehe die Polizei seiner habhaft werden konnte.

Frankreich.

Paris, 3. Oktober. Im heutigen Ministerrath theilte der Justizminister die gerichtliche Verurteilung des ehemaligen Deputirten Casjagac mit wegen eines von demselben am 22. September in der „Autorité“ veröffentlichten Artikels, in welchem eine Beleidigung des Generals Caussier enthalten sei.

Dänemark.

Ueber die Begegnung des Grafen von Paris mit dem Kaiser Alexander wird der „Freis. Ztg.“ aus Kopenhagen geschrieben: „Der Empfang war sehr kühl und gefaltete sich, wie ich aus zuverlässiger Quelle mittheilen kann, folgendermaßen: Der Zar war, als der französische Thronprätendent in Frederiksburg eintraf, nicht anwesend und kehrte erst zwei Stunden später von einem Spaziergange zurück. Als er dann in den Salon der Königin, wo die königliche Familie mit ihren Gästen versammelt war, eintraf, wurde der Graf von Paris ihm vorgestellt. Der Zar reichte ihm die Hand, allein der Empfang war sehr steif und zeremoniell. Später hat man bei den Spaziergängen und Ausflügen den Zaren und den Grafen von Paris nur selten zusammengekommen. Der Besuch des Königs von Dänemark zurückzuführen. Als König Christian sich anlässlich der Hochzeit seines Enkels, des Herzogs von York, in Kopenhagen befand, lud er den Grafen von Paris ein, ihn in Frederiksburg zu besuchen, und er fügte hinzu, daß der Graf dann die Bekanntschaft aller Kinder und Schwägerinnen des dänischen Königspaares machen könne.“

Großbritannien und Irland.

London, 3. Oktober. Ueber die Auslieferung des Rades, Eisenbahn-Material durch das russische Meer und auf dem Seewege nach Sibirien zu bringen, berichtet die „Novoje Wremja“. Die betreffenden Schiffe hätten die Fahrt von der Insel Barce bis zur Inselj. Wladimir in 13 Tagen zurückgelegt und seien im russischen Meer nicht auf Eisberge gestoßen. Am 19. September hätten die drei für die Fahrt auf dem Seewege gebauten russischen Dampfer die Reise nach Stragnjarsk fortgesetzt und erwartet, sie würden daselbst am 13. Oktober eintreffen. In der Mündung des Jenissei hätten die Schiffe einen furchtbaren Sturm überstanden; dabei seien drei Barken mit Schienen auf den Strand geworfen und zerbrochen worden.

Türkei.

Ueber einen an und für sich belanglosen diplomatischen Zwischenfall, der man aber vielleicht späterhin zurückgreifen veranlaßt werden wird, verläutet aus Konstantinopel Folgendes: Vor Kurzem passirten kurz einander zwei rumänische Kriegsschiffe, das Panzerdampfschiff „Elisabeta“ und der als Kadettenschiff dienende Schraubendampfer „Vitea“, die türkische Hauptstadt und ankerten bei dieser Gelegenheit durch einige Tage im Bosporus, gegenüber der russischen Botschafts-Villa in Bujukdere, um Kohlen und Lebensmittel einzunehmen. Dies gab dem russischen Vorgesetzten v. Nelidow Veranlassung, den türkischen Regierungsfreien geschäftsmäßig seine Verwunderung über den Vorgang auszudrücken. In Konstantinopel wird vielfach angenommen, diese

gesprächsweise gemachten Bemerkungen seien die Vorläufer von Vorstellungen, die Russland gegen die Durchfahrt jener fünf kleinen in Deutschland bestellten rumänischen Kriegsschiffe erheben wolle, da zu deren Uebernahme ein rumänischer General eben nach Hamburg abgereist sei.

Cholera-Nachrichten.

Berlin, 4. Oktober. Nach den gestern Morgen im Rathhause eingegangenen Berichten sind zur Zeit die städtischen Krankenhäuser frei von Cholera-Patienten und Cholera-Verdächtigen Personen.

Malta, 3. Oktober. Einer Quarantäne von fünfzehn Tagen werden unterzogen alle Herkünfte aus Deutschland, Belgien, Holland, Frankreich, Oesterreich-Ungarn, der europäischen Türkei, Rumänien, Russland, den Häfen des Schwarzen und des Ägäischen Meeres und Smyrna.

Petersburg, 3. Oktober. An Cholera erkrankten bzw. starben: Vom 29. September bis 2. Oktober in Petersburg 129 bzw. 73, vom 27. bis 29. September in Moskau 15 bzw. 4, in den Gouvernements vom 17. bis 23. September: Kalisch 2 bzw. 0, Kiew 380 bzw. 122, Selskrislaw 484 bzw. 176, Samara 120 bzw. 63, Saratow 75 bzw. 44, Tschernigow 100 bzw. 25, Woiwode 116 bzw. 55, vom 23. bis 30. September: Winsk 69 bzw. 26, vom 10. bis 23. September: Pskow 1306 bzw. 487, vom 24. bis 30. September: Chersson 180 bzw. 72 und Wilna 9 bzw. 4.

Konstantinopel, 3. Oktober. In den letzten 48 Stunden sind in Schari 2 Erkrankungen an Cholera vorgekommen, im Irrenhause daselbst keine Erkrankung. In den Dörfern am Bosporus erkrankten 2, in verschiedenen Theilen Konstantinopels 5 Personen an Cholera, von denen 3 gestorben sind. In Pera kam kein Cholera-Todesfall vor.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 4. Oktober. Der gestrige Vortrag des Herrn Musikdirektors Hecht-Kamm in der Generalversammlung des Pommerischen Evangelischen Kirchengangsvereins über den Entwurf des evangelischen Gesangbuches für die Provinz Pommern nach musikalischer Seite dürfte auch weitere Kreise interessieren; zumal in dieser Versammlung zum ersten Male die Ansichten, welche die Einführung des neuen Gesangbuches in Pommern überhaupt eröffnen, ausführlich öffentlich besprochen wurden.

Herr Musikdirektor Hecht-Kamm stellt zunächst die Forderungen auf, welche in musikalischer Hinsicht an ein Gesangbuch zu stellen sind, welches den Anspruch mache, in Zukunft als eigentliches Provinzialgesangbuch von Pommern gelten zu sollen. Es müsse mindestens folgende Forderungen erfüllen: 1. die Melodien, welche für die einzelnen Gesänge angegeben seien, richtig benennen; 2. die angegebenen Melodien mit dem Versrythmus der Gesänge übereinstimmen müssen, daß 3. der Charakter der gewählten Melodie mit dem Inhalt des Liedes möglichst übereinstimmen solle. Referent kam, wenn er von diesen Forderungen aus den Entwurf des Gesangbuches prüft, nicht umhin eine ganze Reihe von Mängeln und Verhältnissen konstatiren zu müssen, welche in einem etwa einleitenden Vortrag im Einzelnen an einer großen Reihe von Beispielen näher beleuchtet. Dine auf diese Einzelheiten in allem eingehen zu können, erklärt er Referent z. B. als unzulässig, wenn einzelne Gesänge sowohl nach einer vierzeiligen als auch sechszeiligen oder nach einer achtzeiligen und auch vierzeiligen Melodie gesungen werden sollen. Referent kam sich von einem solchen Auseinandergehen zusammengehöriger Versstrophen keinen Segen für den Kirchengang versprechen. Ferner bemängelt der Referent die große Zahl von 111 unbenannten oder doch fast ganz unbenannten Melodien, die sich in den Entwurf hineingeschoben haben. Der Entwurf enthalte bei nur etwa 800 Gesängen nicht weniger als 200 selbstständige Melodien. Das sei verhältnismäßig außerordentlich viel! Er habe denn auch bemerkt, daß in 250 Gemeinden in allen Theilen der Provinz, welche er dadurch übergehen konnte, daß in diesen Gemeinden frühere Schüler von ihm als Kantoren, Präcentoren u. s. w. thätig seien, eine ganze Reihe dieser Melodien nie gesungen werde. Um ganz sicher zu gehen, habe er noch an 96 Gemeinden ein Verzeichnis dieser 200 Melodien mit der Bitte gesandt, ihm anzugeben, welche dieser Melodien dort gesungen würden. Es seien ihm darauf mit dankenswerther Bereitwilligkeit 93 Antworten gegangen, aber er habe aus hieraus das Resultat feststellen müssen; daß nämlich eine ganze Reihe dieser Melodien des Entwurfs in der Provinz ganz unbekannt sei, daß eine ebenso große Anzahl von Melodien nur in einer bezüglich in zwei Gemeinden gesungen würden! So wenig er dazu mitwirken wolle, daß irgend einer Gemeinde eine ihr nicht gewohnte Melodie genommen würde, so wenig empfehle es sich doch, daß bei einem Gesangbuch, welches den Bedürfnissen und Ansprüchen der ganzen Provinz gerecht werden müsse, auf so unbenannte Melodien zurückgegriffen werde, wenn wenigstens ander, ebenso gute und bekannte Melodien für dasselbe vorhanden wären. Er glaube, daß man die 200 Melodien des Entwurfs daher auf höchstens 175 herabmindern müsse. Ferner hält es der Referent für notwendig, daß bei dieser Gelegenheit der Willkür, welche bei dem Singen der Agende eintreten sei, endlich einmal ein Halt geboten werde. Er habe die Befürchtung, daß in Pommern die Agende und insbesondere die Responsorien auf die aller verschiedenste Weise gesungen würden; daß ferner nicht minder die Orgelbegleitung dazu außerordentlich verschieden und leider manchmal in kaum glaublicher Weise geschmacklos sei; ferner müsse auch in der Agende genau festgesetzt werden, an welchen Stellen die Gemeinde mitzusingen und an welchen Stellen nur der Chor zu singen habe. Referent stellt daher eine Reihe Theesen auf, als deren wichtigste wir anführen:

Erstens: Zur Bearbeitung des Entwurfs des neuen Provinzial-Gesangbuches und zu dessen endgültiger Feststellung in musikalischer Hinsicht ist zur Gesangbuch-Kommission eine gehörig durchgebildete musikalisch-technische Kraft hinzuzuziehen, welche auf Grund hymnologischer Studien und mit musikalischem Geschma bei der Feststellung der Melodien für die einzelnen Gesänge mitzuwirken hat. Die endgültige Feststellung der Melodien hat durch eine besondere musikalische Kommission zu erfolgen.

Zweitens: Die Agende ist in das in Aussicht stehende Provinzialgesangbuch mit aufzunehmen und zwar zur Verbesserung der jetzigen Willkür mit Notendruck für die Melodie der Responsorien u. s. w.

Drittens: Es ist von amtlicher Seite — vielleicht bei Gelegenheit der Herausgabe eines Choralbuches für das neue Provinzialgesangbuch — auch eine Orgelbegleitung für die Agende zu veröffentlichen. Diefelbe soll wenigstens die Bedeutung einer Norm für die Begleitung haben.

Viertens: Es ist in der Agende deutlich zu bezeichnen, welche Stellen die ganze Gemeinde und welche der Chor allein mit zu singen hat.

An dieses Referat knüpfte sich eine außerordentlich lebhafte Debatte.

Herr Pastor Pieper erklärt sich überhaupt gegen die Einführung eines Gesangbuches für die ganze Provinz. Es sei nicht abzusehen, warum jede Provinz ihr eigenes Gesangbuch haben solle. Es sei damit die Gefahr verbunden, daß jede Provinz sich so zu sagen aus der Gesamtheit der Landeskirche heraus isolire. Insbesondere sei nicht abzusehen, weshalb ein neues Provinzialgesangbuch so gute und bewährte wie auch allgemein eingeführte Gesangbücher wie der Psalter und der Psalter, gewaltsam verdrängen solle. Er setze voraus, daß an eine allgemeine oder gar gewaltsame Einführung des in Frage stehenden Provinzialgesangbuches überhaupt nicht gedacht werde.

Herr Konfirmandenrath Gutschmidt bemerkt dem gegenüber, daß man allerdings an eine möglichst allgemeine Einführung des Provinzialgesangbuches in Pommern denke, daß aber ebenso bereits feststehe, daß ein Zwang zur Einführung desselben nicht ausgeübt werden solle, daß man daselbe vielmehr nur da einführen werde, wo Geistliche und Gemeindevorstandes das in Frage stehende Gesangbuch willig und gerne annehmen würden.

Der Vorsitzende der Provinzialsynode, Herr Superintendent Altfeld, bestätigt diese Ausführungen. Es lasse sich überhaupt noch schwer überlegen, wie die Angelegenheit mit dem Provinzialgesangbuch weiter vorwärts gehen werde und wie lange Zeit bis zur endgültigen Feststellung desselben noch verfließen werde. Es sei das in sofern auch nicht schlimm, als in Pommern von einem eigentlichen Gesangbuchnotstande nicht die Rede sein könne. Die meisten in der Provinz Pommern gebräuchlichen Gesangbücher insbesondere der Psalter, der Psalter, das Stargarder und das Vorpommersche Gesangbuch seien sehr gute Gesangbücher. Eigentlich hätten nur zwei Gemeinden in Pommern ein Gesangbuch, dessen Gebrauch man im kirchlichen Interesse bedauern müsse. Ein Zwang zur Einführung des neuen Provinzialgesangbuches solle jedenfalls nicht ausgeübt werden.

Auch Herr Konfirmandenrath Brandt bestätigt, daß eine zwangsweise und gewaltsame Einführung des neuen Provinzialgesangbuches nicht beabsichtigt sei. Dasselbe werde nur mit Zustimmung der Gemeinden in dieselbe eingeführt werden und daher auch erst allmählich zur Einführung gelangen. Der Zeitpunkt, daß nur ein einheitliches Gesangbuch in Pommern in Gebrauch sei, werde wohl Niemand der Anwesenden mehr erleben. Im Uebrigen könne sich Referent nicht in allem auf den Standpunkt des Referenten stellen. Es sei kein Nachtheil, sondern vielmehr erfreuenswerth, daß auch unbenannte Melodien von den Gemeinden wieder neu aufgenommen und gesungen würden.

Herr Pastor Füller-Stettin bestätigt letzteres durch mehrere Beispiele aus der von ihm geleiteten Peter- und Pauls-Gemeinde. Im Uebrigen gehört Referent selbst der Gesangbuchkommission an. An einen Zwang zur Einführung denke man in der Provinz nicht. Er sei dem Herrn Referenten für die von demselben zu dem Entwurf gemachten Ausstellungen nur dankbar. Er müsse selbst sagen, daß die Gesangbuchkommission aus Mangel an Zeit den musikalischen Theil ihrer Aufgabe einzuweisen noch übers Knie gebrochen habe. Im Uebrigen sei aber auch von Anfang an in Aussicht genommen, daß dieselbe noch durch einen hervorragenden, in hymnologischen Studien erfahrenen Berufsmann verstärkt werden solle. Dagegen möchte er sich gegen eine Vermengung der Agendenfrage mit der Gesangbuchfrage aussprechen. Er möchte fragen: Wann wird denn die neue preussische Agende fertig? Sollte auf diese gewartet werden, dürfte es bis zur Einführung des neuen Gesangbuches am Ende sehr lange dauern.

Herr Andrae-Stettin ist gleichfalls Mitglied der Gesangbuchkommission und bestätigt ebenfalls, daß man eine zwangsweise Einführung des in Aussicht stehenden Provinzialgesangbuches nicht vorhatte. Es sei aber doch zu wünschen, daß ein einheitliches Gesangbuch möglichst bald in Pommern eingeführt werde. Die jetzigen Zustände, wo in einer Stadt oft zwei Gesangbücher neben einander in Gebrauch seien, wo Nachbarn durch verschiedene Gesangbücher hätten, wo es selbst vorkomme, daß unter einem Geistlichen die Psalmen ein anderes Gesangbuch hätten als die Mutterkirche, seien doch auch nicht angenehm und entbehrten bei der jetzigen Freizügigkeit Leute, welche sich immer andere Gesangbücher kaufen mußten, geradezu der Kirche.

Herr Konfirmandenrath Gutschmidt möchte Herrn Füller bezüglich der Agende mit der Gegenfrage antworten: Wann wird denn das neue Provinzialgesangbuch fertig? Es sei doch durchaus nicht ausgemacht, daß das Gesangbuch früher fertig sein werde als die neue Agende. Im Uebrigen aber sei die Agende eine Sache des ganzen preussischen Landes und das Gesangbuch nur eine Sache der Provinz Pommern. Wenn also schon eins auf das andere warten müsse, so sei es nur angezeigt, daß die Provinz warte, bis die Landesangelegenheit geregelt sei. Uebrigens sei

